

Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim

Book Part — Published Version

Kräftiger, aber nur kurzer Aufschwung in Deutschland

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred; Dovern, Jonas; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim (2006) : Kräftiger, aber nur kurzer Aufschwung in Deutschland, In: Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Frühjahr 2006, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, pp. 37-58

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3930>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kräftiger, aber nur kurzer Aufschwung in Deutschland

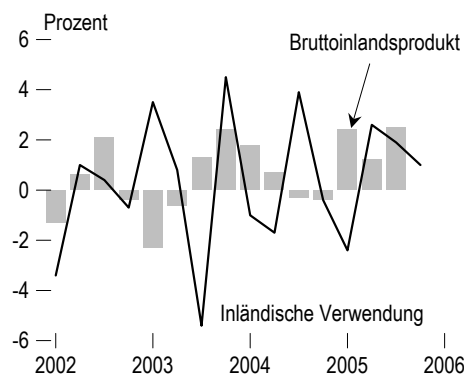
Alfred Boss, Jonas Dovern, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Erstmals seit fünf Jahren zieht dabei auch die Inlandsnachfrage spürbar an. Wir revidieren unsere Prognose für den Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006 von 1,5 auf 2,1 Prozent. Im kommenden Jahr wird die Konjunktur allerdings deutlich an Fahrt verlieren. Dabei dämpfen die Anhebung der Mehrwertsteuer, die höheren Zinsen und die langsamere Expansion der Weltwirtschaft. Das reale BIP nimmt 2007 nur noch um 1,2 Prozent zu (vorher: 1,0 Prozent). Damit wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur wenig verbessern.

Im Frühjahr 2006 hat der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland an Fahrt gewonnen. Zwar deuten die Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Schlussquartal 2005 auf eine Atempause hin (Abbildung 1). Der Verlauf von Quartal zu Quartal ist aber erfahrungsgemäß unstetig, so dass einzelne Werte die zugrunde liegende Tendenz nicht immer zutreffend widerspiegeln; zudem gab es offenbar Schwierigkeiten, die Arbeitstageeffekte auszuschalten. So wird nach der markanten Zunahme der Ausfuhr im dritten Quartal, als die laufende Jahresrate rund 21 Prozent betrug, für das vierte Quartal ein deutlich geringerer Anstieg ausgewiesen. Bedeutsam für die positive konjunkturelle Grundtendenz ist, dass sich die Ausrüstungsinvestitionen gefestigt haben. Selbst die Bauinvestitionen zogen wieder spürbar an, wenngleich auch hier Sondereffekte wie der Wegfall der Eigenheimzulage eine Rolle spielten. Schwachstelle der Konjunktur ist nach wie vor der private Konsum, der im vierten Quartal deutlich abnahm; in dem Rückgang der realen verfügbaren Einkommen machte sich der beträchtliche Kaufkraftentzug als Folge der höheren Energiepreise bemerkbar.

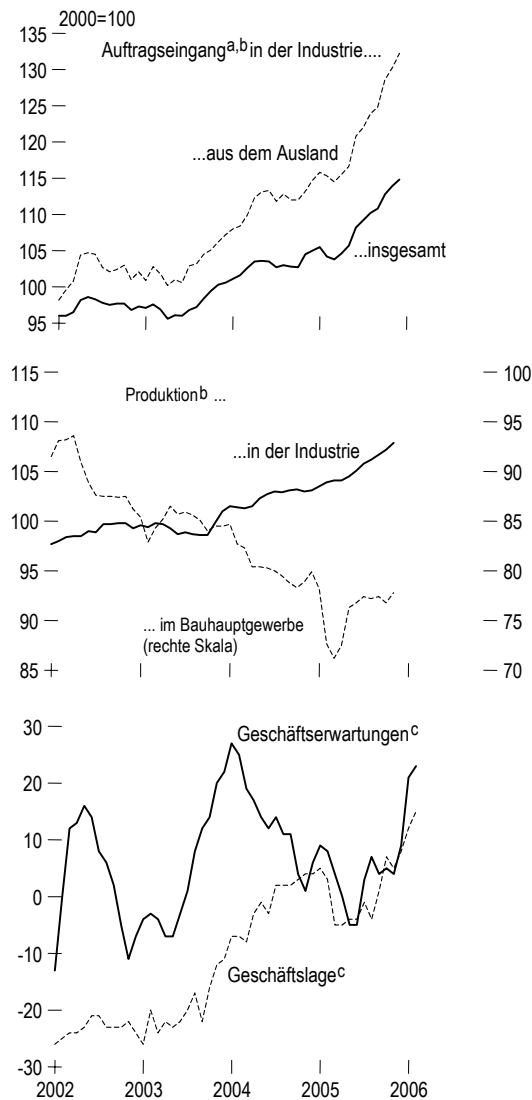
Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland^{a,b}



^aVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. — ^bReal.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3 (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 2:
Indikatoren in Deutschland



^aReal. — ^bGleitender Dreimonatsdurchschnitt. — ^cGewerbliche Wirtschaft.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Im ersten Quartal 2006 dürfte der Produktionsanstieg sehr kräftig gewesen sein. Neben der zu erwartenden „Gegenbuchung“ zu den unzureichend korrigierten Kalendereffekten im Vorquartal deutet eine Reihe von Frühindikatoren darauf hin, dass der Aufschwung Fahrt aufgenommen hat. So hat sich die Auftragslage in der Industrie seit Mitte des vergangenen Jahres fortlaufend gebessert, vor allem die Nachfrage aus dem Aus-

land erreichte zur Jahreswende 2005/2006 ein sehr hohes Niveau (Abbildung 2); entsprechend setzte sich bei der Industrieproduktion die Aufwärtstendenz fort. Umfrageergebnisse bestätigen die günstige Lage nicht nur in der Industrie, sondern in den meisten Bereichen der deutschen Wirtschaft. Zudem hat sich das Konsumklima aufgehellt, nicht zuletzt als Folge der leicht verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt. So ist die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im späteren Verlauf des vergangenen Jahres erstmals seit mehreren Jahren wieder gestiegen und die Arbeitslosigkeit gesunken. In den ersten Monaten dieses Jahres belief sich die Arbeitslosenquote auf 11,3 Prozent. Die Inflationsrate verharrt seit dem vergangenen Sommer auf einem Niveau von rund 2 Prozent; sie ist damit – anders als in den Vorjahren – nur noch wenig niedriger als im übrigen Euroraum. In den vergangenen Monaten blieben die Lebenshaltungskosten annähernd stabil, obwohl die Importpreise und die Preise auf den vorgelagerten Stufen weiter anzogen.

Chancen für einen anhaltend kräftigen Produktionsanstieg?

Für das Jahr 2006 sind die konjunkturellen Aussichten günstig. Die Exporte steigen kräftig, und die Inlandsnachfrage beginnt sich zu erholen, auch wenn dies bislang vor allem die Ausrüstungsinvestitionen betrifft. Ist nun ein Anstieg der Produktion zu erwarten, der kräftiger ausfällt und zudem längere Zeit andauert als die konjunkturellen Erholungsphasen in den vergangenen fünf Jahren, oder besteht das Risiko, dass der Aufschwung erneut früh abbricht und sich somit an dem zuletzt zu beobachtenden Muster nichts ändert?

Nach dem konjunkturellen Höhepunkt im Jahr 2000 gibt es kein ausgeprägtes Zyklennmuster mehr, und zudem waren die Verände-

rungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts sehr gering. Der seither zu beobachtende sehr flache Anstieg ist vor allem auf den Anpassungsprozess zurückzuführen, der nach dem kräftigen Aufschwung in der Weltwirtschaft am Ende der neunziger Jahre und dem sich anschließenden Platzen der Blase an den Aktienmärkten einsetzte. Er hat enorme Anstrengungen bei den Unternehmen ausgelöst, ihre Verschuldung abzubauen, die Kostenstrukturen zu bereinigen und die Rentabilität zu erhöhen. In der Folge wurde auch die Zahl der Beschäftigten erheblich reduziert, was wiederum den privaten Konsum schwächte. Ferner setzte sich offenbar immer mehr die Erwartung durch, dass die deutsche Wirtschaft auf mittlere Sicht langsamer wachsen würde als zuvor.¹ Dies beeinträchtigte die Investitionsneigung und die Konsumneigung zusätzlich.

Inzwischen scheint der Konsolidierungsprozess bei den Unternehmen weit vorangeschritten zu sein. Dafür sprechen die seit einigen Jahren sehr hohen Gewinne. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die Unternehmen nun wieder vermehrt Produktionsfaktoren nachfragen. Tatsächlich sind die Ausrüstungsinvestitionen bereits seit dem Jahr 2004 wieder aufwärts gerichtet, obwohl das konjunkturelle Expansionstempo bislang recht niedrig war und mit der Explosion der Erdölpreise die Kosten stiegen. Allerdings trug die kräftige Expansion der Weltwirtschaft erheblich zu der Verbesserung der Absatzaussichten bei. Daneben wirkt sich nun positiv aus, dass die Löhne in den vergangenen Jahren nur moderat gestiegen sind und von daher die Beschäftigung gefördert wird. Die Lohnmoderation hat überdies dazu beigetragen, dass die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zugenommen hat, vor allem gegenüber dem übrigen Euroraum.

Insofern haben sich die Bedingungen verbessert, dass die Inlandsnachfrage nun wie-

der zunimmt. In den vergangenen fünf Jahren hat die Inlandsnachfrage im Durchschnitt stagniert, und der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts beruhte allein auf den Impulsen, die aus dem Ausland kamen. Auf mittlere Sicht wird man sich allerdings nicht darauf verlassen können, dass Jahr für Jahr ein immer größerer Wachstumsbeitrag aus dem Ausland kommt und deshalb die gesamtwirtschaftliche Produktion beschleunigt steigt. Vielmehr sind die binnenwirtschaftlichen Auftriebskräfte letztlich entscheidend für das mittelfristig zu erwartende Wirtschaftswachstum und auch für den Wohlstand eines Landes.

Unserer Prognose zufolge wird die reale Inlandsnachfrage im laufenden Jahr erstmals seit dem Jahr 2000 wieder einen deutlichen Zuwachs aufweisen und um 1,2 Prozent zunehmen. Dies bedeutet allerdings nicht, dass nun die Wende geschafft ist und ein nachhaltiger Anstieg in dieser Größenordnung zu erwarten wäre.

Zwar wird die Inlandsnachfrage mittelfristig wohl auch wieder etwas zunehmen, da die Unternehmen nach der erfolgreichen Konsolidierung wieder mehr investieren und, sofern die Lohnpolitik dem nicht entgegensteht, auch wieder mehr Personal einstellen. Eine Zuwachsrate von deutlich mehr als einem Prozent, die für ein Wachstumstempo notwendig wäre, das deutlich über dem in den vergangenen Jahren liegt, ist unter den gegebenen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen aber unwahrscheinlich. Dazu wäre es notwendig, dass das Produktionspotential in Deutschland wieder deutlich rascher wächst als in den vergangenen Jahren.² Damit ist aber nicht zu rechnen. Zwar wurden einige Reformen auf den Weg gebracht.

¹ Als Beispiele für die zahlreichen Untersuchungen vgl. Kamps et al. (2004), Sachverständigenrat (2004) sowie Arbeitsgemeinschaft (2005).

² Mit dem gegenwärtigen Investitionsaufschwung wird zwar der Kapitalstock wieder steigen. Der Effekt auf die Wachstumsrate des Produktionspotentials ist aber wohl nicht nennenswert. Das niedrige Potentialwachstum in Deutschland ist im Übrigen weniger ein Problem der zu geringen Kapitalbildung. Ausschlaggebend für den Rückgang des Wachstums ist vielmehr der Rückgang des Produktivitätsanstiegs (Kamps et al. 2004).

Kasten 1:

Zu den Auswirkungen der Anhebung der Mehrwertsteuer

Die Mehrwertsteuer ist im Kern eine Steuer auf die Lohnsumme und auf den Reingewinn (Boss et al. 2005b: 315–317). Sie ist damit den Sozialversicherungsbeiträgen ähnlich, wird aber anders als diese nicht nach dem Ursprungslandprinzip, sondern nach dem Bestimmungslandprinzip erhoben. Bei einer Analyse der Auswirkungen einer Erhöhung der Mehrwertsteuer macht es Sinn, die Wirkungen der absehbaren Veränderungen der Sozialabgabenbelastung einzubeziehen.

Die Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer bedeutet eine zusätzliche Belastung der Lohnsumme um 3 Prozentpunkte.^a Der Beitragssatz in der Rentenversicherung wird zum Jahresbeginn 2007 um 0,4 Prozentpunkte, der in der Krankenversicherung wohl um 0,2 Prozentpunkte erhöht; der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung wird dagegen um 2 Prozentpunkte reduziert. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge ändern sich dabei in gleichem Ausmaß. Somit erhöht sich die Zahllast bei der Besteuerung der Lohnsumme zu Beginn des Jahres 2007 für die Unternehmen um 2,3 (3 minus 1 plus 0,2 plus 0,1) Prozentpunkte, für die Beschäftigten sinkt sie um 0,7 (1 minus 0,2 minus 0,1) Prozentpunkte. Bei gegebenen Wettbewerbsverhältnissen auf den Güter- und Arbeitsmärkten ist aber zu erwarten, dass die Bruttolöhne (ausschließlich der Arbeitgeberbeiträge) – wenngleich mit einer Verzögerung – sinken und dass letztlich die Steuer auf den Arbeitseinsatz^b um 1,6 (2,3 minus 0,7) Prozentpunkte zunimmt.

Dies führt – für sich betrachtet – dazu, dass die Beschäftigung und die Produktion zurückgehen. Eine zusätzliche Güternachfrage ist eher nicht zu erwarten. Wird die Neuverschuldung des Staates reduziert, so kann dies zwar die Erwartungen der Investoren und Konsumenten positiv beeinflussen, weil die Steuerbelastung in der Zukunft geringer als sonst ausfällt. Die Auswirkungen dürften aber – jedenfalls kurzfristig – gering sein, weil ein grundlegender Kurswechsel der Finanzpolitik den Ankündigungen nach unwahrscheinlich ist; die Ausgaben des Staates werden mittelfristig in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wohl nur wenig sinken.

Die Wirkungen auf wichtige gesamtwirtschaftliche Größen hängen auch davon ab, wie die Tarifvertragsparteien und die Europäische Zentralbank auf die Anhebung der Mehrwertsteuer reagieren werden. Die Unternehmen werden versuchen, die erhöhten Arbeitskosten auf die Verbraucher zu überwälzen. Dies wird bei gegebener Geldpolitik aber nur partiell gelingen. Wir erwarten, dass sich das Preisniveau im Jahr 2007 infolge der erhöhten Belastung der Löhne um reichlich 0,5 Prozent erhöht. Zum Jahresbeginn wird allerdings auch die Versicherungsteuer erhöht; hier dürfte die Überwälzung im Wesentlichen gelingen. Insgesamt wird das Verbraucherpreisniveau im Jahr 2007 infolge der Veränderungen bei den Abgaben wohl um $\frac{3}{4}$ Prozent steigen. Die Ausfuhrpreise werden durch die Anhebung der Mehrwertsteuer nicht beeinflusst; sie dürften sogar niedriger als sonst ausfallen, weil die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge per saldo sinkt (Ursprungslandprinzip). Der abgabenbedingte Anstieg des Verbraucherpreisniveaus wird wohl die Lohnrunde 2007 beeinflussen. Wir erwarten, dass die Tariflöhne etwas stärker als sonst erhöht werden. Alles in allem wird die Mehrwertsteuererhöhung Produktion und Beschäftigung im Jahr 2007 leicht dämpfen.

^aTatsächlich ist sie geringer, weil der ermäßigte Satz nicht verändert wird. — ^bEs bleibt außer Betracht, dass Beiträge einer Steuer nicht ganz äquivalent sind und dass die Unterschiede bei den einzelnen Beitragsarten verschieden sind. Unberücksichtigt bleibt auch, dass die Beitragsbemessungsgrenzen verschieden sind. Vgl. hierzu und zu den Effekten einer Anhebung der Mehrwertsteuer und einer gleichzeitigen Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags in gleichem Ausmaß Boss et al. (2005b: 315–317).

Doch haben sich die Anreize für mehr Investitionen und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze nicht durchgreifend verbessert. Von den Arbeitsmarktreformen sind nur geringe Impulse für die Beschäftigung insgesamt zu erwarten. So sind die Anreize für die Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) sehr gering;³ außerdem sind die Kosten für den Staat hoch und verhindern eine deutliche

Verringerung bei den Abgaben. Zudem wird die Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer im Jahr 2007 gedämpft (Kasten 1).

Gedrückt werden die Einkommensaussichten für die privaten Haushalte auch durch die Unklarheiten darüber, wie mittelfristig die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden sollen. Man könnte argumentieren, dass die Mehrwertsteuererhöhung im kommenden Jahr positive Erwartungseffekte auslösen

³ Vgl. zu den Anreizwirkungen Boss et al. (2005a).

wird, denn mittelfristig wird die Belastung der Bürger verringert, da ja das Budgetdefizit im Jahr 2007 spürbar sinkt. Dem ist aber entgegenzuhalten, dass sich mit der Steuererhöhung genau die Erwartungen erfüllt haben, dass der Staat nicht ausreichend sparen wird; so rechneten die privaten Haushalte und die Unternehmen in den vergangenen Jahren vor dem Hintergrund der anhaltend hohen Budgetdefizite eben auch mit höheren Steuern. Dies hat wohl zu der Schwäche der wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen Jahren beigetragen (Benner et al. 2003: 252–253). Positive Erwartungseffekte wären nur dann wahrscheinlich, wenn klar würde, dass der Staat seine Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt mittelfristig deutlich zurückführt. In den mittelfristigen Planungen der Bundesregierung ist zwar eine moderate Abnahme der Staatsquote vorgesehen. Doch erstens gibt es hierfür erst wenige konkrete Beschlüsse, und zweitens wurden die Ansätze bei der Staatsquote in den vergangenen Jahren immer wieder überschritten. Auch hat die Bundesregierung bislang wiederholt erklärt, dass Steuersenkungen nicht möglich seien. Schließlich wird der Aufschwung in diesem Jahr die Einnahmesituation erheblich verbessern und aller Erfahrung nach neue Begehrlichkeiten für zusätzliche Ausgaben wecken. Erst wenn klar erkennbar ist, dass dem nicht nachgegeben wird und der Konsolidierungskurs verstärkt auf der Ausgabenseite ansetzt, ist mit einer geringeren Abgabenlast in der Zukunft zu rechnen. Dies würde sich dann positiv auf die Einkommenserwartungen und damit auch auf die Wachstumskräfte in Deutschland auswirken.

Alles in allem halten wir die Voraussetzungen für einen anhaltend kräftigen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Deutschland nicht für gegeben. Der Dämpfer, der im kommenden Jahr von der Finanzpolitik, der schwächeren Weltkonjunktur und der Straffung der Geldpolitik ausgeht, wird dazu führen, dass sich das konjunkturelle Expansionstempo deutlich verringert. Mittelfristig sind weiterhin nur Zuwächse des realen

Bruttoinlandsprodukts von weniger als 1,5 Prozent pro Jahr zu erwarten.

Geldpolitische Impulse lassen nach

Die monetären Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen sechs Monaten insgesamt leicht verschlechtert. Als Folge der beiden Leitzinsanhebungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) hat sich der Satz für Dreimonatsgeld gegenüber dem Niveau vom Herbst 2005 um rund 50 Basispunkte auf zuletzt 2,7 Prozent erhöht. Der kurzfristige Realzins ist damit ebenfalls gestiegen, denn die Kerninflationsrate blieb annähernd unverändert. Auch der langfristige Realzins zog an; so lagen die Kapitalmarktzinsen (Umlaufrendite für Anleihen der öffentlichen Hand) zuletzt um rund einen viertel Prozentpunkt über dem Niveau im vergangenen September. Sowohl der kurz- als auch der langfristige Realzins sind allerdings nach wie vor niedriger als der jeweilige langjährige Durchschnitt. Während im Hinblick auf die Zinsschritte durch die EZB auch die Kreditzinsen etwas angehoben wurden, haben sich die Konditionen für die Kreditvergabe leicht verbessert. So haben die Kreditinstitute die Margen für durchschnittliche Kredite in allen Bereichen weiter verringert.⁴ Daneben sind die Finanzierungsbedingungen für die Unternehmen als Folge der freundlichen Aktienmärkte nochmals günstiger geworden. Überdies hat die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen – vor allem durch die Euro-Abwertung – geringfügig zugenommen. Die Entwicklung der Geldmengen- und Kreditaggregate deutet auf eine leichte Verschlechterung des monetären Umfelds hin. So sind die täglich fälligen Einlagen im späteren Verlauf des Jahres 2005 nicht

⁴ Zu den Ergebnissen des Bank Lending Survey der EZB für Deutschland vgl. Deutsche Bundesbank (2006: 25–26).

Tabelle 1:

Rahmendaten für die Konjunktur 2005, 2006 und 2007

	2005				2006				2007			
	I	II	III	IV	I ^a	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,1	2,1	2,1	2,3	2,6	2,7	2,8	2,9	3,0	2,9	2,9	2,8
Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen	3,6	3,3	3,2	3,4	3,7	3,8	3,9	4,0	4,1	4,2	4,1	4,0
Tariflohnindex ^{c,d}	1,2	0,9	1,1	1,1	1,5	1,5	1,4	1,4	1,7	1,7	1,7	1,7
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,31	1,26	1,22	1,19	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^e	100,3	99,4	99,2	96,6	96,7	96,6	96,5	96,4	95,4	95,3	95,2	95,1
Industrieproduktion im Ausland ^{f,g}	0,1	4,3	2,3	3,0	3,3	3,0	3,0	2,9	3,1	2,4	2,9	2,5
Rohölpreis ^h	47,6	51,6	61,6	56,9	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0	60,0

^aTeilweise geschätzt. — ^bPrognose. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — ^dAuf Stundenbasis. — ^eGegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — ^fVeränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^gIn 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — ^hUS-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

mehr so rasch gestiegen wie zuvor. Die Bankkredite an Unternehmen und Privatpersonen im Inland sanken gegen Ende 2005 sogar.

Im Prognosezeitraum wird die Geldpolitik die Konjunktur etwas weniger anregen als bisher. Die EZB wird im Laufe dieses Jahres die Leitzinsen wohl nochmals erhöhen, da mit dem kräftigen Produktionsanstieg im Euroraum die Risiken für die Preisniveaustabilität zunehmen. Wir rechnen damit, dass der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems bis zum Spätsommer auf 2,75 Prozent angehoben wird (Gern et al. 2006). Auch die Kapitalmarktzinsen dürften im Zuge des konjunkturellen Aufschwungs etwas anziehen (Tabelle 1). Der dämpfende Zinseffekt wird nur zum Teil dadurch ausgeglichen, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verbessert; bei dem von uns unterstellten konstanten nominalen Wechselkurs des Euro steigen die Preise in Deutschland etwas langsamer als bei den Handelspartnern.

Budgetdefizit des Staates sinkt

Das Budgetdefizit des Staates belief sich im Jahr 2005 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 3,3 Prozent. Die Bundesregierung beabsichtigt, die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voranzutreiben, die Sozialkassen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und die Beschäftigung und das Wachstum der Wirtschaft zu steigern. Zu diesem Zweck werden Steuervergünstigungen gekürzt und Abgaben per saldo erhöht. Hinzu kommen Einsparmaßnahmen, aber auch zusätzliche Ausgaben für bestimmte Zwecke sowie steuerliche Anreize zur Stärkung der Ausrüstungsinvestitionen (Tabelle 2).

Der Regelsatz der Mehrwertsteuer wird zum Jahresbeginn 2007 um drei Prozentpunkte auf 19 Prozent, der Beitragssatz in der Rentenversicherung um 0,4 Prozentpunkte auf 19,9 Prozent erhöht. Dagegen wird der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung Anfang 2007 um zwei Prozentpunkte auf 4,5 Prozent gesenkt. Die Möglichkeiten, Einkommensteuer durch die Beteiligung an bestimmten Fonds (z.B. Schiffsfonds) zu „sparen“, wurden eingeschränkt. Im Jahr 2007

Tabelle 2:

Auswirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen auf den Budgetsaldo des Staates^a 2006 und 2007 (Mill. Euro)

	2006	2007
Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer (von 16 auf 19 Prozent)	.	24 400
Erhöhung der Versicherungssteuer (von 16 auf 19 Prozent)	.	1 600
Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung (von 6,5 auf 4,5 Prozent)	.	-14 800
Anhebung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung (von 19,5 auf 19,9 Prozent)	.	3 000 ^b
Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer (auf 45 Prozent ab zu versteuernden Einkommen ^c von 250 000 Euro/500 000 Euro für Ledige/Verheiratete)	.	500
Einschränkung der Möglichkeiten, Einkommensteuer durch die Beteiligung an bestimmten Fonds (durch Verlustverrechnung) zu „sparen“	550	1 620
Abschaffung der Eigenheimzulage	223	1 488
Gewährung der Investitionszulage in den neuen Ländern	-500	-800
Reduktion des Sparerfreibetrags	.	650
Erhöhte Absetzbarkeit von Ausgaben für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Haushalten, für Pflegeleistungen und für die Kinderbetreuung	-510	-1 680
Kürzung der Entfernungspauschale	.	1 200
Sonstige Änderungen (u.a. Freibetrag für Heirats- und Geburtsbeihilfen, Freibetrag für Abfindungen, Abschaffung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau)	35	630
Zulassung erhöhter Abschreibungsmöglichkeiten	-1 070	-3 725
Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen	260	630
Reduktion der Erbschaftsteuer bei Unternehmensfortführung	.	-200
Abschaffung der Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe	130	300
Änderung der so genannten Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer	-1 230	-250
Belastung der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit durch Sozialversicherungsbeiträge	300	300
Anhebung der Pauschalabgabe bei geringfügiger Beschäftigung im gewerblichen Bereich von 25 auf 30 Prozent und der Belastung der „Midi-Jobs“	.	600
Kürzung der Finanzhilfen (u.a. Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Personennahverkehr, „Gemeinschaftsaufgaben“)	400	800
Änderung der Regelung des Arbeitslosengeldes II (u.a. Anhebung der Leistungen im Osten auf Westniveau, Verschärfung der Voraussetzungen für den Leistungsbezug)	-100	200
Änderung der arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben der Bundesagentur für Arbeit	400	600
Stärkung der privaten Altersvorsorge durch Begünstigung des Erwerbs und der Nutzung von Wohnungen	.	-100
Verstärkte Familienförderung (einkommensabhängiges Elterngeld)	.	-1 000
Verringerung der Personalausgaben des Bundes	400	400
Reduktion der Verwaltungsausgaben des Bundes	.	200
Erhöhung der Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung	-500	-1 000
Ausweitung der Verkehrsinvestitionen des Bundes	-500	-1 000
Aufstockung des CO ₂ -Gebäudesanierungsprogramms	-300	-400
Regulierung der Arzneimittelpreise	700	730
Mehrausgaben der sozialen Pflegeversicherung („Dynamisierung“)	.	-200
Mehrausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Änderung der Beitragssätze)	.	-300
Indirekte Anhebung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung	.	2 000
Insgesamt	-1 312	16 393
Staatsinterne Transaktionen (Transfers innerhalb des Staatssektors)		
Reduktion der Rentenversicherungsbeiträge für Empfänger des Arbeitslosengeldes II infolge der Verringerung der Bemessungsgrundlage (40 statt 78 Euro je Monat)	.	2 000
Verringerung der Krankenversicherungsbeiträge für Empfänger des Arbeitslosengeldes II	90	180
Reduktion des Zuschusses des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung	.	2 700

^aRechnerische Auswirkungen; Anpassungen der Privaten an die Neuregelungen sind nicht berücksichtigt. — ^bNach Abzug der Mehrausgaben (des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit) für die Beiträge bestimmter Empfänger sozialer Leistungen (z.B. der Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II). — ^cGilt nicht für gewerbliche Einkünfte.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2006); CDU, CSU und SPD (2005); verschiedene Gesetzentwürfe, verschiedene Pressemeldungen; eigene Berechnungen und Schätzungen.

wird ein Steuerzuschlag auf hohe Einkommen (außer auf gewerbliche Einkünfte) eingeführt.⁵ Die Eigenheimzulage wird abgeschafft, die Entfernungspauschale verringert, der Sparerfreibetrag gekürzt. Die Investitionszulage für die neuen Länder, die nur bis Ende 2006 gewährt werden sollte, wird allerdings weiterhin gezahlt. Die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und die Zuschüsse des Bundes im Rahmen der so genannten Gemeinschaftsaufgaben werden ebenso wie die Ausgaben des Bundes für die öffentliche Verwaltung (darunter das Weihnachtsgeld für Beamte und Pensionäre) reduziert. Einsparmaßnahmen sind auch im Bereich der Krankenversicherung (insbesondere bei Arzneimitteln) vorgesehen.

Das Programm der Bundesregierung beinhaltet auch zusätzliche Ausgaben. So wird der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II bundeseinheitlich auf 345 Euro festgesetzt und damit erhöht. Auch wird die Familienförderung ausgeweitet. Hinzu kommen Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage nach Handwerksleistungen für Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in privaten Haushalten⁶ und zur Förderung der Gebäudesanierung. Mit der Absicht, das Wachstum zu stärken, werden die Verkehrsinvestitionen des Bundes und die Ausgaben des Bundes für die Forschungsförderung deutlich ausgeweitet. Eine Reform der Unternehmensbesteuerung soll erst im Jahr 2008 verwirklicht werden, allerdings werden die Abschreibungsregelungen für Ausrüstungsinvestitionen (und sonstige Anlagen) – befristet auf die Jahre 2006 und 2007 – großzügiger ausgestaltet.

Das Budgetdefizit des Bundes wird im Jahr 2007 dadurch verringert, dass die Rentenversicherungsbeiträge, die der Bund zugunsten der Empfänger des Arbeitslosengeldes II zahlt, halbiert werden. Dies trägt dazu

bei, dass – bei einem Verzicht auf eine Rentenkürzung – der Beitragssatz erhöht werden muss. Auch wird der Zuschuss des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung von 4,2 Mrd. Euro im Jahr 2006 auf 1,7 Mrd. Euro im Jahr 2007 und auf null im Jahr 2008 verringert. Dies hat zur Folge, dass die Einnahmen der Krankenversicherung in den Jahren 2007 und danach – trotz einzelner Einsparmaßnahmen – nicht zur Finanzierung der Ausgaben ausreichen werden. Vermutlich wird der durchschnittliche Beitragssatz in der Krankenversicherung im Jahr 2007 um 0,2 Prozentpunkte angehoben.

Die Maßnahmen insgesamt führen nach unserem Urteil – für sich betrachtet – per saldo dazu, dass das strukturelle Budgetdefizit des Staates sich im Jahr 2006 kaum ändert, im Jahr 2007 aber deutlich abnimmt. Einzelne Maßnahmen werden allerdings die konjunkturelle Entwicklung in den Jahren 2006 und 2007 positiv beeinflussen. Anregend wirkt insbesondere die großzügigere Abschreibungsregelung. Die Bautätigkeit wird von den einzelnen Fördermaßnahmen profitieren. Insgesamt rechnen wir damit, dass das Budgetdefizit des Staates im Jahr 2006 bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 2,9 Prozent sinken wird; im Jahr 2007 dürfte es 2,5 Prozent betragen. Der Schuldenstand wird abgeschwächt steigen; in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird er sich nicht ändern (2005: 66,9 Prozent).

Exportboom setzt sich fort

Die Zunahme des Exports hat sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres spürbar beschleunigt. Die Ausfuhren wurden mit einer laufenden Jahresrate von 11,8 Prozent ausgeweitet, nach 5,9 Prozent in der ersten Jahreshälfte. Maßgeblich hierfür war das Anziehen der Konjunktur in den wichtigsten Handelspartnerländern; der mit Anteilen am deutschen Export gewichtete Index der In-

⁵ Der maximale Grenzsteuersatz steigt von 42 auf 45 Prozent.

⁶ 20 Prozent der auf der Rechnung ausgewiesenen Arbeitskosten, maximal 600 Euro je Jahr, können als Einkommensteuerermäßigung geltend gemacht werden.

dustrieproduktion im Ausland stieg mit einer laufenden Jahresrate von 3 Prozent fast doppelt so rasch wie im Halbjahr zuvor. Hinzu kam, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Ausland erhöhte; der Wettbewerbsfähigkeitsindikator stieg um 2 Prozent.

Deutlich stärkere Impulse für die Ausfuhr kamen in der zweiten Jahreshälfte vor allem aus Ländern außerhalb des Euroraums (Abbildung 3). So nahmen die Beiträge aus Asien und aus den Vereinigten Staaten zu den deutschen Exporten zu, wohl auch weil der Euro gegenüber dem US-Dollar an Wert einbüßte. Die verstärkte Nachfrage aus den OPEC-Ländern resultierte daher, dass diese ihre gestiegenen Einnahmen aus der Rohölproduktion zum Kauf von deutschen Erzeugnissen, vor allem von Investitionsgütern, verwendeten.

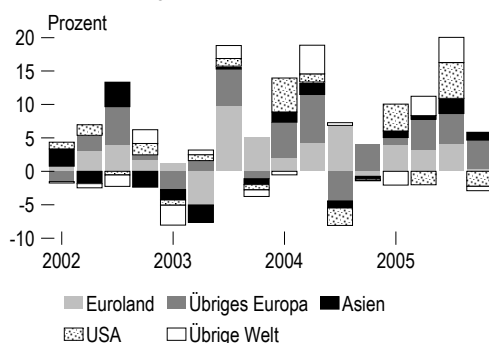
Im ersten Quartal des laufenden Jahres dürften die Exporte sehr kräftig zugenommen haben. Frühindikatoren wie die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland und die Exporterwartungen in der Industrie deuten auf einen kraftvollen Start in das neue Jahr hin – insbesondere, wenn man in Rechnung stellt, dass die Daten für das Schlussquartal des vergangenen Jahres wohl durch Schwierigkeiten bei der

kalenderischen Bereinigung nach unten verzerrt sind. Im Sommer werden sich spürbare Impulse durch die Touristen ergeben, die für die Fußballweltmeisterschaft nach Deutschland kommen werden (Boss et al. 2005b). Danach dürfte die Dynamik etwas nachlassen, da sich die konjunkturelle Expansion bei den Handelspartnern etwas beruhigt und zudem die anregenden Wirkungen der zurückliegenden Abwertung des Euro weitgehend abgeklungen sein werden. Diese Tendenz dürfte sich im Jahr 2007 fortsetzen, allerdings etwas abgemildert dadurch, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland durch die Verringerung der Sozialversicherungsbeiträge um insgesamt 1,4 Prozent erhöht. Im Durchschnitt des Jahres 2007 dürfte die Ausfuhr um 5,6 Prozent steigen, nach 10,5 Prozent im Jahr 2006 und 6,3 Prozent im Jahr 2005.

Die Einfuhr wurde in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres ebenfalls sehr kräftig ausgeweitet. Dabei spielte insbesondere die hohe Dynamik der Ausfuhr eine Rolle. Im Prognosezeitraum wird die Einfuhr weiter rasch expandieren. Sie wird ihre wesentlichen Impulse zunächst vom Export erhalten, später dann hauptsächlich von der sich belebenden Binnennachfrage. Für das gesamte Jahr 2006 erwarten wir eine Zunahme der Einfuhr um 9,4 Prozent. Im Jahr 2007 wird sich der Anstieg unter dem Eindruck der dann höheren Mehrwertsteuer sowie des nur noch mäßigen Anstiegs der inländischen Verwendung und der ruhigeren Exportkonjunktur spürbar abflachen. Im Jahresdurchschnitt wird die Einfuhr dann nur noch um 5,1 Prozent zulegen.

Die Einfuhrpreise sind unter dem Eindruck der Ölpreiserhöhungen in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres kräftig gestiegen. Der Anstieg wird sich wohl in abgeschwächter Form in der ersten Hälfte des laufenden Jahres fortsetzen, zum einen weil sich die zurückliegende Ölverteuerung noch nicht im üblichen Umfang in den Einfuhrpreisen niedergeschlagen hat, zum anderen weil die Ölpreise zuletzt wieder angezogen haben. Bei der von uns unterstellten Kon-

Abbildung 3:
Exporte nach Regionen^a



^aLundberg-Komponenten in Prozentpunkten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

stanz der Rohölnotierungen bei 60 US-Dollar pro Barrel wird der Preisauftrieb im weiteren Prognosezeitraum allerdings stark nachlassen; zeitweise werden die Importpreise sogar sinken. Für das Jahr 2007 ergibt sich nur noch ein geringfügiger Anstieg um 0,2 Prozent, nach 1,6 Prozent im Jahr 2006 und 2,2 Prozent im Jahr 2005. Die Exportpreise haben zuletzt leicht angezogen, wohl auch infolge der Energieverteuerung. Im Verlauf des Jahres 2006 werden sie nur sehr mäßig zunehmen, da der internationale Wettbewerbsdruck die Preisüberwälzungsspielräume begrenzt. Im Jahr 2007 wird zusätzlich preisdämpfend wirken, dass die Unternehmen bei den Sozialbeiträgen entlastet werden. Nicht zuletzt aufgrund des vergleichsweise hohen Niveaus zu Jahresbeginn werden die Exportpreise im Jahr 2006 voraussichtlich um 0,7 Prozent höher liegen als im Vorjahr, für das Jahr 2007 erwarten wir einen Rückgang um 0,1 Prozent. Die Terms of Trade werden damit 2007 um 0,3 Prozent fallen, nach einer Verschlechterung um 0,9 Prozent im laufenden Jahr und um 1,5 Prozent im Jahr 2005.

Hohe Investitionsdynamik – nur mäßige Belebung des privaten Verbrauchs

Nachdem die Delle in der internationalen Industriekonjunktur, die die deutsche Wirtschaft um den Jahreswechsel 2004/2005 und bis ins vergangene Frühjahr hinein geprägt hatte, überwunden war, hat sich der seit Ende 2003 beobachtbare Aufschwung bei den Unternehmensinvestitionen beschleunigt fortgesetzt. Sie wurden in der zweiten Hälfte des Jahres 2005 mit einer laufenden Jahresrate von 6,4 Prozent ausgeweitet. Im Jahresdurchschnitt ergab sich eine Zunahme um nur 2,3 Prozent.

Für das erste Quartal 2006 deuten Frühindikatoren wie die Inlandsaufträge im In-

vestitionsgütergewerbe auf eine weitere Zunahme der Dynamik hin. Im Jahresverlauf dürfte diese nur wenig nachlassen; dafür spricht eine Reihe von Gründen. So sind die Absatzperspektiven angesichts des sich fortsetzenden Exportbooms äußerst günstig. Hinzu kommt, dass die Kreditzinsen trotz der jüngsten Zinserhöhung durch die EZB weiter niedrig sind und die Eigenkapitalbeschaffung durch das hohe Kursniveaus an den Börsen erleichtert wird. Schließlich traten mit dem Jahreswechsel für einen Übergangszeitraum von zwei Jahren günstigere Abschreibungsbedingungen in Kraft. Betriebliche Investitionen in Ostdeutschland werden zusätzlich dadurch angeregt, dass Investitionszulagen, anders als bisher geplant, auch in den Jahren 2007 bis 2009 gewährt werden. Alles in allem erscheint im Jahr 2006 ein Anstieg der Unternehmensinvestitionen um 6,2 Prozent wahrscheinlich (Tabelle 3). Im Jahr 2007 dürfte der Schwung mit der Eintrübung der Absatzperspektiven und dem weiteren Anstieg der Zinsen deutlich nachlassen. Die jahresdurchschnittliche Zunahme der Unternehmensinvestitionen dürfte sich auf 3,3 Prozent verringern.

Tabelle 3:
Reale Anlageinvestitionen 2004–2007 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2004	2005	2006 ^a	2007 ^a
Anlageinvestitionen	-0,2	-0,2	4,6	2,6
Unternehmensinvestitionen	1,6	2,3	6,2	3,3
Ausrüstungen	2,6	4,0	5,2	3,5
Sonstige Anlagen	1,8	1,8	5,9	4,3
Wirtschaftsbau	-1,1	-1,9	8,9	2,6
Wohnungsbau	-1,6	-3,4	2,7	0,9
Öffentlicher Bau	-8,9	-7,1	-1,6	3,3
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	-2,3	-3,4	4,1	1,7

^aPrognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

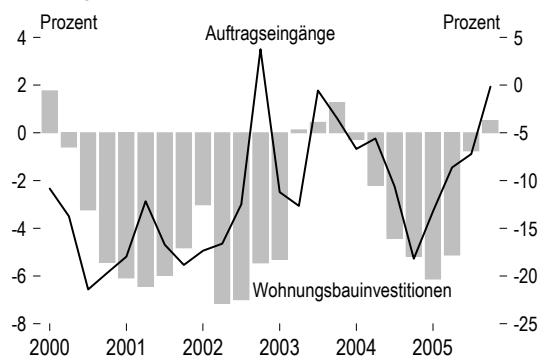
Bei den Wohnungsbauinvestitionen deutet gegenwärtig einiges auf ein vorläufiges Ende der langjährigen Talfahrt hin. In der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres expandierten sie mit einer laufenden Jahresrate von 5,5 Prozent, im Vorjahresvergleich ergab sich immerhin noch ein Plus von einem halben Prozent. Die Entwicklung der Auftragseingänge (Abbildung 4) und der Baugenehmigungen lässt darauf schließen, dass sich der Anstieg in der ersten Hälfte des Jahres 2006 fortsetzen wird, auch wenn die Investitionen im ersten Quartal noch durch die überdurchschnittlich kalte Witterung gedämpft gewesen sein dürften. Ausschlaggebend für die Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen war wohl nicht zuletzt die seit Ende 2002 diskutierte und zu Jahresbeginn tatsächlich in Kraft getretene Abschaffung der Eigenheimzulage. Viele Haushalte, die den Bau eines Hauses planten, dürften sich in den vergangenen Jahren eine Baugenehmigung besorgt haben, um noch in den Genuss der steuerlichen Förderung zu kommen. Im Prognosezeitraum dürften diese Genehmigungen weiter zu Wohnungsbauinvestitionen führen. Zudem werden die Wohnungsbauinvestitionen, teilweise auch die öffentlichen Investitionen, durch das „CO₂-Gebäudesanierungsprogramm“ angeregt. Neben die bisherige Förderung (vor allem durch Zinsverbilligungen)

treten Zuschüsse der Kreditanstalt für Wiederaufbau auch an die Kommunen (z.B. zur Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten). Hinzu kommt, dass Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen in privaten Haushalten durch eine neue Steuersubvention gefördert werden. Alles in allem dürften die Wohnungsbauinvestitionen im Jahr 2006 um 3 Prozent steigen. Im Jahr 2007 dürften sich die Zuwächse wegen der dann höheren Zinsen sowie der mäßigeren Zunahme der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte deutlich abschwächen. Im Jahresdurchschnitt liegt die Zunahme dann wohl nur noch bei 0,9 Prozent.

Die öffentlichen Investitionen werden im Verlauf des Jahres 2006 und im Jahr 2007 wohl deutlich zunehmen. Der Bund stockt die Ansätze für die Verkehrsinvestitionen im Zeitraum 2006 bis 2009 um insgesamt 4,3 Mrd. Euro auf. Dies wird dem sonst zu erwartenden Rückgang der Investitionen des Bundes entgegenwirken. Per saldo werden die Investitionen des Bundes in den Jahren 2006 und 2007 wohl steigen. Auch die Kommunen werden ihre Investitionen im Prognosezeitraum ausweiten; maßgeblich ist die verbesserte Finanzlage, zu der insbesondere der kräftige Anstieg der Gewerbesteuer-einnahmen beigetragen hat.

Die privaten Konsumausgaben sind im Verlauf des Jahres 2005 kalenderbereinigt um 0,7 Prozent gesunken. Im Jahresdurchschnitt blieben sie auf dem Niveau des Vorjahres. Maßgeblich hierfür war die Stagnation der Realeinkommen: Zwar erhöhten sich die Gewinneinkommen weiter deutlich, die Beschäftigung ging aber zurück, die Löhne stagnierten und die Kaufkraft verringerte sich mit dem kräftigen Anziehen der Konsumentenpreise infolge der höheren Energiepreise. Mit dem von uns für das Jahr 2006 erwarteten Anziehen der Beschäftigung dürften die Bruttolöhne und Gehälter mit 1,8 Prozent wieder steigen (Vorjahr: -0,3 Prozent), zumal wohl auch die Stundenlöhne etwas stärker zulegen werden. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2006 voraussichtlich um 1,9 Prozent zunehmen. Real werden sie sich um 0,4 Prozent erhöhen. Da der Anreiz besteht, der Belastung durch den zu

Abbildung 4:
Wohnungsbauinvestitionen und Auftragseingänge im Wohnungsbau^a



^aKalenderbereinigte Daten. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

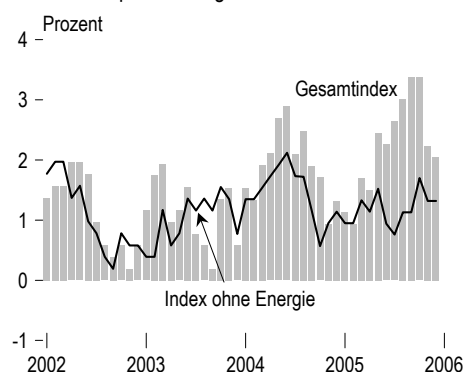
Jahresbeginn 2007 um 3 Prozentpunkte steigenden Mehrwertsteuersatz durch vorgezogene Käufe zu entgehen, erwarten wir für das Jahresende eine beschleunigte Zunahme der privaten Konsumausgaben und eine leichte Abnahme der Sparquote. Zu Jahresbeginn 2007 ergibt sich entsprechend ein Rückgang der privaten Konsumausgaben. Dieser dürfte im weiteren Jahresverlauf nur mühsam wieder aufgeholt werden, da die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nur geringfügig steigen. Zwar nimmt die Beschäftigung weiter zu, dem steht jedoch die Kaufkraftminderung durch den aus der Mehrwertsteuererhöhung resultierenden Anstieg der Verbraucherpreise gegenüber. Zudem werden die privaten Haushalte durch die Abschaffung der Eigenheimzulage und die Kürzung der Sparerfreibetrags belastet. Vor allem wegen ihres hohen Niveaus am Jahresende 2006 dürften die privaten Konsumausgaben im Jahr 2007 um 0,5 Prozent steigen, nach 0,5 Prozent im Jahr 2006.

Preisschub durch Mehrwertsteuererhöhung

Der Anstieg der Verbraucherpreise hat im Jahr 2005 erstmals seit 2001 wieder die Marke von 2 Prozent erreicht (Abbildung 5). Zurückzuführen ist dies auf das drastische Anziehen der Preise für Benzin, Heizöl und andere Energieträger; die Verbraucherpreise ohne Energie lagen im vergangenen Jahr nur um 1,2 Prozent über ihrem Vorjahresniveau. Seit Dezember hat sich der Preisanstieg allerdings etwas beruhigt. Im ersten Quartal 2006 dürften die Verbraucherpreise nur geringfügig gestiegen sein.

Unter unseren Annahmen eines konstant bei 60 US-Dollar liegenden Weltmarktpreises für Rohöl und eines Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,20 sind im Prognosezeitraum vonseiten der Energiepreise insgesamt keine weiteren Teuerungsimpulse zu erwarten. Der Preisauftrieb dürfte

Abbildung 5:
Verbraucherpreisanstieg^{a,b}



^aSaisonbereinigt. — ^bVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

sich bis zum Ende des laufenden Jahres spürbar verringern, auch wenn mit der steigenden gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung tendenziell die Preisüberwälzungsspielräume zunehmen. Ein geringfügiger Preisschub dürfte allerdings von der Verringerung der Zuschüsse für den öffentlichen Personennahverkehr ausgehen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um 1,6 Prozent.

Im kommenden Jahr wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte angehoben. Gleichzeitig werden die Beiträge zur Sozialversicherung um insgesamt 1,4 Prozentpunkte verringert. Nach unseren Schätzungen erhöht eine Anhebung des Mehrwertsteuerregelsatzes um 1 Prozentpunkt langfristig das Niveau der Verbraucherpreise um knapp ein halbes Prozent,⁷ im ersten Jahr steigt das Preisniveau allerdings nur um 0,3 Prozent. Eine Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung um 1 Prozentpunkt dürfte den Verbraucherpreisauftrieb im ersten Jahr hingegen um schätzungsweise 0,1 Prozentpunkte dämpfen. Zusammengenommen implizieren diese Effekte, dass das Niveau der

⁷ Dieser Wert entspricht Schätzungen des Statistischen Bundesamtes. Das Statistische Bundesamt schätzt den Anstieg infolge einer einprozentigen Regelsatzerhöhung auf 0,45. Vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (2005).

Verbraucherpreise 2007 um reichlich 0,5 Prozentpunkte rascher steigen wird als ohne die Mehrwertsteuererhöhung und ohne die Senkung der Beitragssätze. Hinzu kommt allerdings noch die Erhöhung der Versicherungssteuer, die etwa 0,1 Prozentpunkte bringen dürfte. Vor dem Hintergrund der wieder sinkenden Preisüberwälzungsspielräume infolge der abnehmenden Kapazitätsauslastung erwarten wir für den Jahresdurchschnitt 2007 einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,2 Prozent.

Leichte Belegung am Arbeitsmarkt

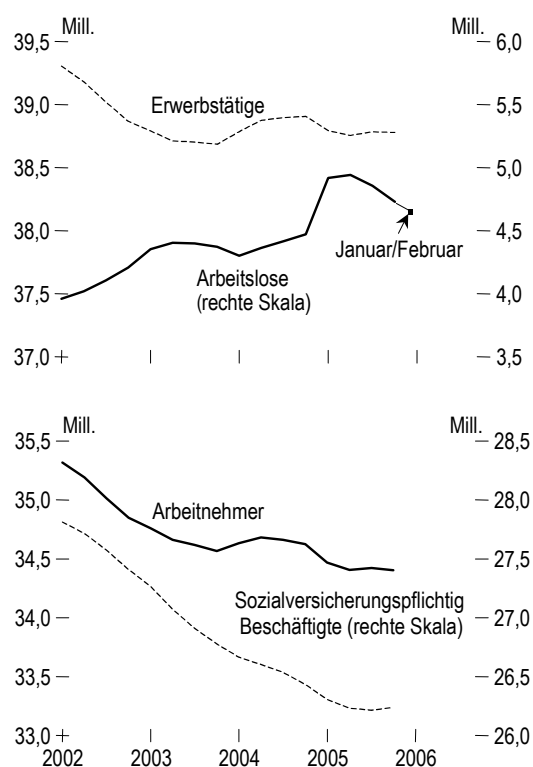
Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt war im Jahr 2005 geprägt durch die Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetze. Im Jahresdurchschnitt 2005 lag die Arbeitslosenquote mit 11,7 Prozent deutlich über ihrem Vorjahreswert (10,5 Prozent); mehr als die Hälfte der Zunahme der Arbeitslosigkeit ist allerdings auf die Effekte infolge der Hartz-IV-Gesetze zurückzuführen. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im Jahresdurchschnitt um 0,2 Prozent; ohne Berücksichtigung des Anstiegs der geförderten Erwerbstätigkeit (insbesondere „Ein-Euro-Jobs“, „Ich-AGs“) wäre der Rückgang mit 0,5 Prozent höher ausgefallen. Im Verlauf des Jahres schwächte sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit deutlich ab, seit dem Sommer ist sie kaum mehr gesunken.⁸ Diese Entwicklung ist zum Teil mit dem Ausbau der geförderten Beschäftigung zu erklären. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hat im vierten Quartal 2005 nach vorläufigen Zahlen wieder leicht zugenommen. Parallel dazu ging die Arbeitslosigkeit,

⁸ Im Januar ist die Zahl der Erwerbstätigen deutlich zurückgegangen. Dies ist jedoch insbesondere damit zu erklären, dass zum 1. Februar 2006 die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld zum Teil deutlich verkürzt wurde. Vor diesem Hintergrund dürften in den Monaten zuvor zahlreiche Beschäftigungsverhältnisse beendet worden sein, so dass die Entlassenen noch Anrecht auf Arbeitslosengeld über die längere Bezugsdauer haben.

nach dem deutlichen Anstieg in der ersten Jahreshälfte, beschleunigt zurück (Abbildung 6). Das Arbeitsvolumen erhöhte sich im vierten Quartal leicht, um 0,4 Prozent, nachdem es in der ersten Jahreshälfte noch gesunken war (Abbildung 7).

Gegenwärtig stehen in bedeutenden Wirtschaftszweigen Tarifverhandlungen an, im öffentlichen Dienst wird sogar ein Arbeitskampf ausgetragen. Für den öffentlichen Dienst erwarten wir eine Einigung, die auf annähernd konstante Tariflöhne hinaus läuft. Für die Metallindustrie scheint ein Anstieg der Tariflöhne um 2,5 Prozent wahrscheinlich. Vor diesem Hintergrund veranschlagen wir die Zunahme der tariflichen Stundenlöhne in der Gesamtwirtschaft auf 1,4 Prozent für das Jahr 2006. Die Lohndrift dürfte, vor allem aufgrund des Anstiegs der Zahl der

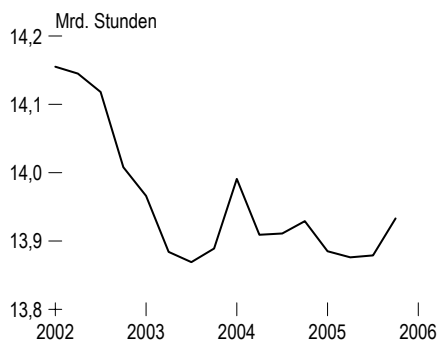
Abbildung 6:
Arbeitsmarkt^a



^aSaisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.2 (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt in Zahlen (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

Abbildung 7:
Arbeitsvolumen^a



^aGeleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen, arbeitstäglich- und saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.).

geringfügig Beschäftigten und der „Ein-Euro-Jobs“, zurückgehen (-0,3 Prozent). Die Beiträge der Arbeitgeber zur gesetzlichen Krankenversicherung sinken etwas. Alles in allem dürfte der Produzentenreallohn auf Stundenbasis – bei einem Anstieg des Deflators des Bruttoinlandsprodukts um 0,9 Prozent – in diesem Jahr konstant bleiben. Im kommenden Jahr werden die Tariflöhne wohl leicht beschleunigt zunehmen, auch weil die Beschäftigten bestrebt sind, den Anstieg der Mehrwertsteuer zumindest zum Teil auszugleichen. Die Lohndrift dürfte annähernd unverändert bleiben. Zwar steigt der Deflator des Bruttoinlandsprodukts rascher als im Vorjahr, dies ist aber auf die Mehrwertsteueranhebung zurückzuführen, reflektiert also keine höheren Preise für die Unternehmen. Diesen Effekt herausgerechnet, bleibt der Produzentenreallohn im kommenden Jahr abermals konstant. Gemessen an der trendmäßigen Stundenproduktivität geht von der Lohnpolitik weiter eine positive Wirkung auf die Beschäftigung aus.⁹

⁹ Gegenwärtig besteht seitens der Bundesregierung die Absicht, die Pauschalbeiträge der Arbeitgeber für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse anzuheben. So soll der Betrag für Mini-Jobs von 25 auf 30 Prozent angehoben werden. Für die Gleitzone zwischen 400 und 800 Euro sollen die Beitragssätze entsprechend erhöht werden. Dämpfende Effekte auf die Beschäftigung sind

Die Anregungen durch die tendenziell weiter beschäftigungsfreundliche Lohnpolitik werden im Jahr 2006 durch die konjunkturelle Beschleunigung verstärkt. Zunächst dürfte vor allem die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wieder steigen und die Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ dürfte vorerst weiter zunehmen. Aber auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung dürfte tendenziell wieder steigen, zunächst verhalten, in der zweiten Jahreshälfte etwas rascher. Die Zahl der Selbständigen wird im laufenden Jahr hingegen nur abgeschwächt zunehmen, insbesondere bedingt durch einen weiteren Rückgang der Zahl der „Ich-AGs“. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen vor allem in der zweiten Jahreshälfte 2006 deutlich zunehmen. Für das kommende Jahr erwarten wir vor dem Hintergrund einer schwächeren konjunkturellen Dynamik einen sich abschwächenden Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen. Im Jahresdurchschnitt 2006 ergibt sich ein Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,4 Prozent auf 38,9 Mill. Personen (Tabelle 4), im Durchschnitt des kommenden Jahres fällt die Zunahme noch etwas stärker aus. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte in diesem Jahr leicht beschleunigt sinken, bevor sich der Rückgang im Verlauf des nächsten Jahres wieder abschwächen wird. Für den Jahresdurchschnitt ergibt sich eine Verringerung um etwa 270 000 Personen, im Durchschnitt des kommenden Jahres dürfte die Abnahme etwas schwächer ausfallen. Das Arbeitsvolumen wird in diesem Jahr wieder zunehmen; da auf die zunehmende konjunkturelle Dynamik zunächst mit einer Anhebung der Arbeitszeit reagiert werden dürfte, wird der Anstieg des Arbeitsvolumens etwas stärker ausfallen als die Zunahme der Erwerbstätigkeit. Im kommenden Jahr dürfte das Arbeitsvolumen weiter, wenn auch abgeschwächt, zunehmen.

jedoch in der Prognose nicht unterstellt, da noch nicht abzusehen ist, ob das Vorhaben tatsächlich umgesetzt wird.

Kräftiger, aber nur kurzer Aufschwung in Deutschland

Tabelle 4:
Arbeitsmarkt 2004–2007 (1 000 Personen)

	2004	2005	2006 ^a	2007 ^a
Deutschland				
Erwerbstätige (Inland)	38 868	38 783	38 930	39 242
Selbständige ^b	4 218	4 355	4 420	4 454
Existenzgründungszuschüsse („Ich-AGs“)	154	237	212	142
Arbeitnehmer (Inland)	34 650	34 428	34 510	34 788
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^c	26 561	26 250	26 252	26 352
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte ^c	4 742	4 725	4 778	4 941
Pendlersaldo	86	111	78	66
Erwerbstätige (Inländer)	38 782	38 672	38 852	39 176
Arbeitnehmer (Inländer)	34 564	34 317	34 432	34 722
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	55 962	55 634	55 983	56 092
Registrierte Arbeitslose	4 381	4 863	4 589	4 362
Arbeitslosenquote (Prozent) ^d	10,5	11,7	10,9	10,3
Erwerbslosenquote (Prozent) ^e	9,5	9,5	8,9	8,4
Westdeutschland (ohne Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	31 674	31 605 ^f	31 725	31 979
Registrierte Arbeitslose	2 783	3 246	3 063	2 911
Arbeitslosenquote (Prozent) ^d	8,5	9,9	9,3	8,9
Ostdeutschland (einschl. Berlin)				
Erwerbstätige (Inland)	7 194	7 178 ^f	7 205	7 263
Registrierte Arbeitslose	1 599	1 617	1 526	1 450
Arbeitslosenquote (Prozent) ^d	18,4	18,8	17,7	17,0

^aPrognose. — ^bEinschließlich mithelfender Familienangehöriger. — ^cBerechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — ^dBundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — ^eStandardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. — ^fGeschätzt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Amtliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18; Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); OECD (2006); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005); eigene Schätzungen und Prognosen.

Ausblick: Konjunktur schwächt sich 2007 deutlich ab

Der konjunkturelle Aufschwung wird sich im laufenden Jahr fortsetzen und dabei zeitweise ein hohes Tempo erreichen (Tabelle 5). Dabei wird auch die Kapazitätsauslastung deutlich zunehmen. Bei der von uns geschätzten Wachstumsrate des Produktionspotentials von rund 1 ¼ Prozent wird sich der Output Gap im Verlauf des Jahres schließen. Der Aufschwung dürfte an Breite gewinnen. Er wird also nicht mehr, wie noch im

Vorjahr, hauptsächlich von der Auslandsnachfrage getrieben sein; vielmehr erwarten wir, dass der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage größer sein wird als der des Außenbeitrags. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 2,1 Prozent zunehmen (Abbildung 8). Die Zahl der Arbeitslosen wird – auch konjunkturbedingt – um etwa 270 000 Personen sinken und im Jahresdurchschnitt rund 4,6 Millionen betragen. Das Preisklima wird 2006 etwas ruhiger sein als im Vorjahr; die Inflationsrate dürfte zurückgehen, sie wird in diesem Jahr bei 1,6 Prozent liegen.

Tabelle 5:
Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2005, 2006 und 2007^a

	2005				2006				2007			
	I	II	III	IV	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b	I ^b	II ^b	III ^b	IV ^b
Bruttoinlandsprodukt	2,4	1,2	2,5	0,0	3,0	3,5	2,8	1,8	0,5	1,0	0,9	0,8
Private Konsumausgaben	-1,6	0,1	1,3	-2,4	1,3	1,5	2,0	1,5	-1,0	0,3	0,1	0,1
Konsumausgaben des Staates	2,2	6,1	1,6	-6,2	2,8	0,4	0,8	1,2	-0,8	1,0	0,8	0,8
Ausrüstungsinvestitionen	6,3	2,5	6,4	0,4	6,1	8,8	8,8	5,3	3,3	2,3	1,3	1,3
Bauinvestitionen	-12,2	0,4	9,0	5,0	1,9	5,7	4,3	3,6	0,9	0,6	0,3	0,3
Sonstige Anlagen	-2,2	1,4	2,3	2,0	6,8	9,1	9,0	5,5	3,5	2,5	1,5	1,5
Vorratsveränderungen ^c	-0,9	1,1	-0,6	3,0	-0,8	-0,7	0,0	0,2	0,2	-0,1	0,3	-0,1
Inländische Verwendung	-2,4	2,6	1,9	1,0	1,1	1,5	2,6	2,2	-0,2	0,5	0,7	0,3
Ausfuhr	8,8	4,3	21,3	1,8	20,0	12,0	3,0	5,0	7,0	6,0	5,0	5,0
Einfuhr	-4,3	8,9	22,6	4,6	17,0	8,0	2,5	6,5	6,0	5,5	5,0	4,5
Außenbeitrag	4,8	-1,3	0,6	-0,8	2,1	2,0	0,3	-0,3	0,9	0,7	0,4	0,6
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^d	34 468	34 405	34 422	34 404	34 370	34 445	34 560	34 660	34 750	34 790	34 805	34 805
Arbeitslose ^d	4 918	4 942	4 855	4 729	4 694	4 644	4 554	4 464	4 384	4 364	4 354	4 344

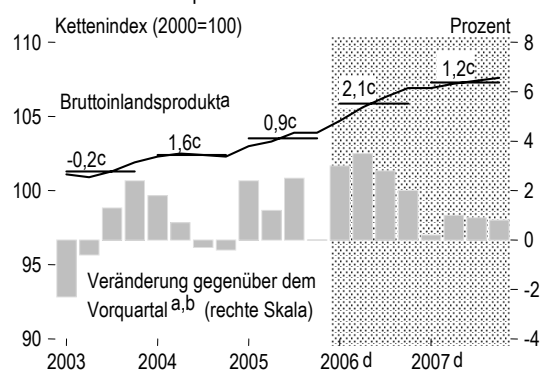
^aKettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — ^bPrognose. — ^cLundberg-Komponente. — ^dIn 1 000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Die Ausfuhr erhält nach wie vor kräftige Impulse von der konjunkturellen Expansion bei den Handelspartnern, die – mit den Anteilen am deutschen Export gewichtet – vorerst unverändert hoch bleiben wird. Zwar wird sich das Tempo des Aufschwungs in den Vereinigten Staaten etwas verlangsamen, dafür wird aber die Konjunktur im übrigen Euroraum an Fahrt gewinnen. Stützend wirkt auch, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft seit einem Jahr leicht verbessert hat. Die Binnenkonjunktur wird von den immer noch niedrigen Zinsen angeregt. Im späteren Verlauf dieses Jahres schwächen sich aber die Impulse teilweise etwas ab. So verliert die Weltkonjunktur an Fahrt, und die Effekte der Euro-Abwertung laufen aus. Von daher wird sich die Dynamik bei den Exporten verringern. Diese Tendenz wird nicht durch eine entsprechende Zunahme der Inlandsnachfrage kompensiert werden, obwohl gegen Jahresende vermehrte Käufe im Hinblick auf die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu erwarten sind. Vor allem langlebige Konsumgüter dürften

stärker nachgefragt werden. Auch beim Wohnungsbau wird es wohl Vorzieheffekte geben.

Abbildung 8:
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2003–2007



^aArbeitstäglich- und saisonbereinigt. — ^bAuf Jahresrate hochgerechnet. — ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — ^dAb 2006 I: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

In diesen Bereichen wird die Nachfrage aber Anfang 2007 zurückgehen, wenn der höhere Mehrwertsteuersatz greift. Die Steuererhöhung ist auch ausschlaggebend dafür, dass die Konjunktur im kommenden Jahr durch die Finanzpolitik insgesamt gedämpft wird; der negative Impuls beträgt in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rund 0,7 Prozentpunkte. Hinzu kommt, dass die Leitzinsen höher sein werden und von daher die Geldpolitik nicht mehr so stark anregen wird wie bisher. Überdies verliert die Konjunktur im Ausland an Schwung. Alles in allem wird die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Jahres 2007 etwas langsamer zunehmen als das Produktionspotential. Für den Durchschnitt des Jahres rechnen wir mit einer Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts um lediglich 1,2 Prozent (Tabelle 6).

Wie jede Prognose, so ist auch diese mit Unsicherheiten behaftet. Der Nutzer der Prognose sollte diese Unsicherheit kennen und bei seinen Entscheidungen berücksichtigen. Die Unsicherheit lässt sich mit verschiedenen Methoden quantifizieren (Kasten 2). Einer konservativen Schätzung dieser Unsicherheit zufolge wird der Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006 mit einer Wahrscheinlichkeit von 60 Prozent zwischen 1,6 und 2,6 Prozent liegen.

Die vorliegende Prognose beruht auf einer Reihe von Annahmen bezüglich der Effekte des Pakets aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge auf wichtige gesamtwirtschaftliche Größen. So ist unterstellt, dass die höhere Steuer nur in begrenztem Umfang überwältzt werden kann und somit die Gewinne schmälert. Der Preiseffekt wird sich insgesamt auf reichlich 0,5 Prozent belaufen. Die höhere Mehrwertsteuer mindert für sich genommen die Beschäftigung, da sie den Einsatz des Faktors Arbeit verteuert; dieser Effekt wird allerdings durch die Senkung der

Sozialversicherungsbeträge etwas gemildert. Daneben erwarten wir, dass es zu einem – wenn auch begrenzten – Zweitrundeneffekt kommt, die Löhne also etwas schneller steigen, als es ohne die Mehrwertsteuererhöhung der Fall wäre. Auch dies wirkt sich negativ auf die Beschäftigung aus, denn der Verteilungsspielraum wird durch den Preiseffekt, der von der höheren Mehrwertsteuer ausgeht, nicht vergrößert.

Damit setzt sich für die Konjunktur in Deutschland das Muster fort, das in den vergangenen Jahren zu beobachten war. Eine Aufschwungphase ist relativ kurz, weil es immer wieder zu Störungen kommt – sei es aus dem Inland, sei es aus dem Ausland. Eine stärkere Dynamik wäre zu erwarten, wenn es gelänge, die Wachstumsrate des Produktionspotentials zu erhöhen. Bei dem wahrscheinlichen Kurs der Wirtschaftspolitik ist damit im Prognosezeitraum aber nicht zu rechnen, auch weil die Abgabenbelastung eher steigen wird. Im Interesse eines höheren Potentialwachstums wäre es erforderlich, die öffentlichen Haushalte dadurch zu konsolidieren, dass die Finanzhilfen des Staates und die Steuervergünstigungen kräftig gekürzt werden (Boss und Rosenschon 2006). Würden die konsumtiven Ausgaben des Staates im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt deutlich sinken, so wäre mit einem höheren Potentialwachstum zu rechnen. Eine Erhöhung der Abgaben, wie sie 2007 vorgenommen wird, ist dem Ziel nicht förderlich. Dennoch besteht Aussicht, dass sich die Situation bessert: Mit der für das Jahr 2008 vorgesehenen Unternehmensteuerreform könnte ein erster großer Schritt für mehr Wachstum getan werden, wenn das Steuersystem tatsächlich drastisch vereinfacht würde und überdies die Unternehmen steuerlich entlastet würden.

Kräftiger, aber nur kurzer Aufschwung in Deutschland

Tabelle 6:
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2004–2007

	2005	2004	2005	2006 ^a	2007 ^a
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,6	0,9	2,1	1,2
Private Konsumausgaben		0,6	0,0	0,5	0,5
Konsumausgaben des Staates		-1,6	0,1	0,3	0,5
Anlageinvestitionen		-0,2	-0,2	4,6	2,6
Ausrüstungsinvestitionen		2,6	4,0	5,2	3,5
Bauinvestitionen		-2,3	-3,4	4,1	1,7
Sonstige Anlagen		1,8	1,8	5,9	4,3
Vorratsveränderung ^b		0,5	0,3	0,2	0,0
Inländische Verwendung		0,6	0,3	1,4	0,8
Ausfuhr		9,3	6,3	10,5	5,5
Einfuhr		7,0	5,3	10,0	5,2
Außenbeitrag (Mrd. €)		1,1	0,6	0,7	0,4
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 245,5	2,4	1,3	2,9	2,4
Private Konsumausgaben	1 329,7	1,9	1,3	2,0	2,4
Konsumausgaben des Staates	417,2	-0,6	1,1	1,1	1,6
Anlageinvestitionen	384,7	0,1	-0,1	5,0	2,7
Ausrüstungsinvestitionen	153,9	1,7	3,0	4,8	3,5
Bauinvestitionen	210,7	-1,1	-2,4	5,2	2,1
Sonstige Anlagen	25,2	1,6	1,4	5,7	3,3
Vorratsveränderung (Mrd. €)	1,9	-4,0	1,9	8,4	7,2
Inländische Verwendung	2 133,4	1,5	1,3	2,7	2,3
Ausfuhr	901,7	9,1	7,0	11,3	5,4
Einfuhr	789,6	7,0	7,7	11,8	5,4
Außenbeitrag (Mrd. €)	112,1	109,5	112,1	120,6	127,2
Bruttonationaleinkommen	2 253,2	3,2	1,7	2,8	2,5
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,8	0,5	0,9	1,2
Private Konsumausgaben		1,4	1,3	1,5	2,0
Konsumausgaben des Staates		0,9	1,0	0,8	1,1
Ausrüstungsinvestitionen		-1,0	-0,9	-0,3	0,0
Bauinvestitionen		1,3	1,0	1,0	0,4
Sonstige Anlagen		-0,2	-0,4	-0,2	-1,0
Ausfuhr		-0,2	0,7	0,7	-0,1
Einfuhr		0,0	2,2	1,6	0,2
<i>Nachrichtlich:</i> Verbraucherpreise		1,6	2,0	1,6	2,2
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen		3,6	1,5	2,7	1,9
Arbeitnehmerentgelt		0,3	-0,5	1,5	0,9
in Prozent des Volkseinkommens		68,4	67,0	66,2	65,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen		11,7	6,0	5,2	3,9
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte		2,1	1,4	1,9	2,5
Sparquote		10,5	10,7	10,6	10,7
Lohnstückkosten, real ^c		-1,7	-1,4	-1,3	-1,5
Produktivität ^d		0,9	1,5	1,4	1,0
Arbeitslose (1 000)		4 381	4 863	4 589	4 362
Arbeitslosenquote (Prozent)		10,5	11,7	10,9	10,3
Erwerbstätige ^e (1 000)		38 868	38 783	38 930	39 242
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		-81,2	-74,5	-67,5	-58,9
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		-3,7	-3,3	-2,9	-2,5
Schuldenstand ^f		65,5	66,9	66,9	66,9

^aPrognose. — ^bLundberg-Komponente. — ^cArbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — ^dBruttoinlandsprodukt festen Preisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — ^eInlandskonzept. — ^fIn Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

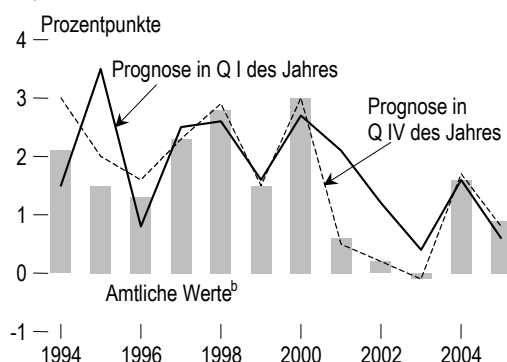
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Kasten 2:

Zur Quantifizierung der Prognoseunsicherheit

Makroökonomische Prognosen sind unsicher. Wichtig ist es, sich über das Ausmaß der Unsicherheit klar zu sein. Abbildung K2a zeigt die Prognosen der jährlichen Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts des Instituts für Weltwirtschaft vom ersten und vierten Quartal eines Jahres zusammen mit den Daten, die im Frühjahr des jeweils folgenden Jahres bekannt gegeben wurden (Echtzeitwerte). Es wird klar, dass Prognosefehler die Regel und genau zutreffende Prognosen die Ausnahme sind.^a Zudem ist erkennbar, dass die Treffsicherheit der Prognosen aus dem vierten Quartal relativ größer ist. Dies liegt daran, dass bereits Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung in den ersten drei Quartalen des Jahres bekannt sind.

Abbildung K2a:
IfW-Prognosen und tatsächliche Werte für das reale Bruttoinlandsprodukt^a



^aJahresdurchschnittliche Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr. — ^bVeröffentlicht jeweils im Februar/März des Folgejahres (Echtzeitwerte).

Die Unsicherheit einer Prognose lässt sich durch eine Dichtefunktion – die Verteilung aller möglichen Zukunftswerte einer Variablen – vollständig beschreiben (vgl. Tay und Wallis 2002). In der Literatur werden grundsätzlich zwei Methoden angewandt, um Dichtefunktionen für Prognosen zu schätzen. Sie können (a) aufgrund historischer Prognosefehler geschätzt werden oder (b) durch eine stochastische Simulation eines oder mehrerer ökonomischer Modelle bestimmt werden. Beide Methoden haben ihre Vor- und Nachteile, die unten näher erläutert werden.

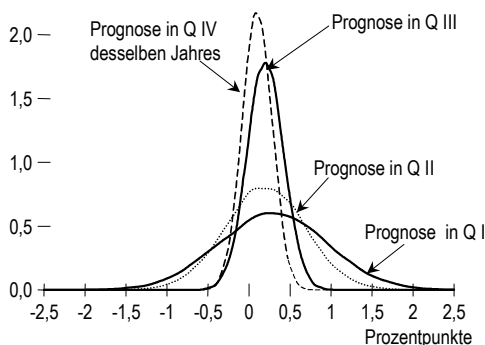
Die Dichteprognose nach Methode (a) basiert auf den Fehlern der Prognosen für die Jahre 1994 bis 2005. Abbildung K2b zeigt die empirischen Dichtefunktionen für die Prognosefehler der Prognosen der jährlichen Zuwächse des realen Bruttoinlandsprodukts im jeweiligen Jahr abhängig davon, in welchem Quartal die Prognose veröffentlicht wurde. Die Dichtefunktionen sind hergeleitet unter der Annahme, dass die Prognosefehler normalverteilt und unabhängig voneinander sind.^b Hierzu wurden Mittelwert und Standardabweichung der Funktionen durch die entsprechenden Stichprobenmomente, also den Durchschnitt und die Standardabweichung der Prognosefehler geschätzt. Wie zu erwarten, ist die Standardabweichung für die Prognosefehler, die im ersten Quartal (Q I) gemacht wurden, größer als die für die Prognosefehler aus dem vierten Quartal (Q IV). Außerdem zeigt sich, dass der Mittelwert der Prognosefehler für alle vier Prognosezeitpunkte positiv ist; die Prognosen des Instituts für Weltwirtschaft waren im Mittel also zu optimistisch. Die Abweichung von null ist allerdings statistisch insignifikant.

Die Dichteprognose nach Methode (b) basiert auf einem quartalsweisen vektorautoregressiven Modell (VAR) der Zuwachsrates des realen Bruttoinlandsprodukts, der Zuwachsrates eines handelsgewichteten Index der ausländischen Industrieproduktion, des Niveaus des ifo-Geschäftserwartungsindex, des US-Einkaufsmangerindex, der Zuwachsrates der realen Sichteinlagen sowie der Veränderung der Kapitalmarktzinsen. Standardisierte statistische Techniken zur Modellspezifizierung wurden angewandt, um die genaue Form des Modells, insbesondere seine dynamische Struktur, zu bestimmen. In einem letzten Schritt wurde mithilfe einer Bootstrap-Simulation (Borbély und Meier 2005) die geschätzte Dichtefunktion für das wirtschaftliche Wachstum unter Berücksichtigung der Parameterunsicherheit und zukünftiger Schocks im Prognosezeitraum ermittelt.

Die Resultate beider Methoden für die Prognose der Dichtefunktion der Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts sind in Abbildung K2c für die aktuelle Prognose (also eine Prognose in Q I) dargestellt.^c Es ist offensichtlich, dass die Methoden zu unterschiedlichen Einschätzungen der Unsicherheit führen. Die geschätzte Standardverteilung der Dichtefunktion wird anhand von Methode (a) größer eingeschätzt als von Methode (b). Um zu verstehen, warum dies der Fall ist und wie damit umgegangen werden sollte, ist es wichtig, die der Prognoseunsicherheit zugrunde liegenden Faktoren näher zu betrachten. Ericsson (2002) klassifiziert diese Faktoren wie folgt:

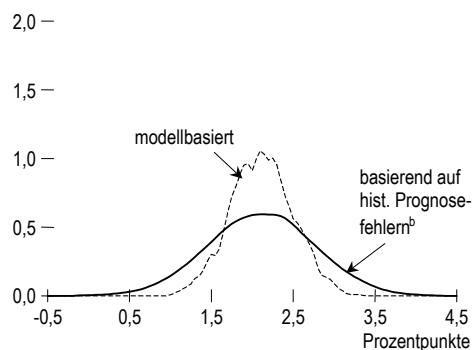
1. Akkumulation von zukünftigen Schocks,
2. Unsicherheit bei der Schätzung der Modellparameter,
3. unvorhersagbare Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge,
4. Fehlspezifikation des Prognosemodells und
5. Messfehler in den Daten oder Revisionen.

Abbildung K2b:
Dichtefunktionen der Prognosefehler für verschiedene Prognosehorizonte^a



^aAuf der Basis der Prognosefehler des Instituts für Weltwirtschaft von 1994–2005, unter der Annahme normalverteilter Prognosefehler.

Abbildung K2c:
Alternative Dichtefunktionen für die Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2006^a



^aKalenderbereinigter Zuwachs. — ^bUnter der Annahme normalverteilter Prognosefehler.

Die beiden Methoden (a) und (b) zur Einschätzung der Prognoseunsicherheit unterscheiden sich hinsichtlich der berücksichtigten Faktoren. Methode (b) unterstellt implizit, dass das ausgewählte Modell den datengenerierenden Prozess richtig abbildet, die zugrunde liegenden historischen Daten ohne Fehler ermittelt wurden und innerhalb des Prognosezeitraums keine Strukturbrüche auftreten werden. Folglich berücksichtigt diese Methode nur die ersten beiden Faktoren bei der Schätzung der Unsicherheit. Demgegenüber kalkuliert Methode (a) (unter den Annahmen, dass ein Strukturbruch im Prognosezeitraum die gleiche Wahrscheinlichkeit hat wie im Zeitraum, in dem die historischen Prognosefehler gemessen werden, und dass sich die zugrunde liegende Prognosetechnik nicht fundamental geändert hat) alle fünf Faktoren ein. Denn auch die historischen Prognosefehler werden durch alle fünf Faktoren beeinflusst.

Generell spricht nichts dagegen, verschiedene Methoden zur Ermittlung von Dichteprognosen zu verwenden, um ein komplettes Bild der Unsicherheit zu erhalten. Da im oben beschriebenen Fall Methode (a) ein vollständigeres Bild der Unsicherheit liefert, kann davon ausgegangen werden, dass dieses der nicht beobachtbaren, tatsächlichen Dichtefunktion nahe kommt. Allerdings werden die Prognoseverfahren im Institut für Weltwirtschaft kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert, so dass unter Umständen die Aussagekraft der historischen Prognosefehler in Bezug auf den 2. und 4. Unsicherheitsfaktor abnimmt. Demzufolge hat auch die Betrachtung des Resultats von Methode (b) ihre Berechtigung. Es ist wahrscheinlich, dass das richtige Maß der Unsicherheit unserer Prognose zwischen den Ergebnissen der beiden Methoden liegt.^d

^aDies ist auch bei den Prognosen anderer Institutionen der Fall (Döpke und Fritsche 2004). — ^bEine direkte empirische Schätzung der Dichtefunktionen, also ohne Annahme einer bestimmten funktionalen Form der Dichte, ist aufgrund der geringen Anzahl an Beobachtungen nicht möglich. — ^cZu beachten ist, dass ein Test auf Normalverteilung der mithilfe von Methode (b) empirisch geschätzten Dichtefunktion eine Jarque-Bera-Statistik von 0,26 liefert; d.h., die Nullhypothese einer normalverteilten Dichtefunktion kann nicht zurückgewiesen werden. Dieses Resultat stützt die Annahme einer Normalverteilung auch in Methode (a), für die ein Test aufgrund der geringen Anzahl von Beobachtungen wenig aussagekräftig wäre. — ^dDie formale Kombination von verschiedenen Dichteprognosen ist in der Literatur noch nicht ausführlich behandelt worden und soll an dieser Stelle unberücksichtigt bleiben (Mitchell und Hall 2005).

Literatur

- Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.) (2005). *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2005*. Essen.
- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005). Via Internet (7. Februar 2006) <<http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/laenderdaten.htm>>.
- Benner, J., D. Borbély, A. Boss, A. Kuhn, C.-P. Meier, F. Oskamp, J. Scheide und R. Schmidt (2003). Leichte Belegung der Konjunktur in Deutschland. *Die Weltwirtschaft* (3): 240–264.
- Borbély, D., und C.-P. Meier (2005). Assessing Macroeconomic Forecast Uncertainty: An Application to the Risk of Deflation in Germany. *Kredit und Kapital* 38 (3): 377–399.
- Boss, A., und A. Rosenschon (2006). Der Kieler Subventionsbericht: Grundlagen, Ergebnisse, Schlussfolgerungen. Kieler Diskussionsbeiträge 423. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., B. Christensen und K. Schrader (2005a). Anreizprobleme bei Hartz IV: Lieber ALG II statt Arbeit? Kieler Diskussionsbeiträge 421. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., N. Jannsen, C.-P. Meier, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2005b). Exportlastige Konjunktur in Deutschland. *Die Weltwirtschaft* (3): 288–320.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- CDU, CSU und SPD (2005). Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Via Internet (6. Februar 2006) <http://www.spd.de/servlet/PB/show/1589444/111105_Koalitionsvertrag.pdf>.
- Deutsche Bundesbank (2006). Geldpolitik und Bankgeschäft. *Monatsbericht* 58 (2): 19–26.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- Döpke, J., und U. Fritsche (2004). Growth and Inflation Forecasts in Germany: An Assessment of Accuracy and Dispersion. DIW Discussion Paper 399. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Ericsson, N.R. (2002). Predictable Uncertainty in Economic Forecasting. In M.P. Clements und D.F. Hendry (Hrsg.), *A Companion to Economic Forecasting*. Oxford.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., F. Oskamp, B. Sander, J. Scheide und R. Schweickert (2005). .
- Gern, K.-J., F. Oskamp, B. Sander, J. Scheide und R. Schweickert (2006). Expansion der Weltwirtschaft verliert allmählich an Fahrt. (In diesem Heft.)
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. November. Washington, D.C.
- Kamps, C., C.-P. Meier und F. Oskamp (2004). Wachstum des Produktionspotentials in Deutschland bleibt schwach. Kieler Diskussionspapiere 414. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Mitchell, J., und S.G. Hall (2005). Evaluating, Comparing, and Combining Density Forecasts Using the KLIC with an Application to the Bank of England and NIESR “Fan” Charts of Inflation. *Oxford Bulletin of Economics and Statistics* 67 (Suppl.): 995–1033.

- OECD (Organization for Economic Cooperation and Development) (2006). *Main Economic Indicators*. Februar. Paris.
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2006). Aufschwung und Vertrauen. Politik im Dreiklang Investieren – Sanieren – Reformieren. Ergebnispapier der Klausurtagung des Bundeskabinetts in Genshagen vom 9. bis 10. Januar 2006. Via Internet (7. Februar 2006) <<http://www.cducsu.de/upload/kabinetto60110.pdf>>.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2004). *Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland*. Jahresgutachten 2004/2005. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (2005). Pressemitteilung 297. Wiesbaden, 12. Juli.
- Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
- Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Tay, A.S., und K.F. Wallis (2002). Density Forecasting: A Survey. In M.P. Clements und D.F. Hendry (Hrsg.), *A Companion to Economic Forecasting*. Oxford.